

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/72

Bad Godesberg, den 17. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a

Am Kern vorbei

55

Zur bisherigen Reaktion der SED  
auf die Entspannungsvorschläge aus Bonn

1a

Carl Storbeck

33

2 - 3

Deutsche Demokratie im Zweifrontenkampf

62

Von Professor Dr. Horst Ehmke,  
Staatssekretär im Bundesjustizministerium

4

Der Verantwortung bewußt

49

Zur Tagung der Vereinigten Landmannschaften Mitteldeutschlands

5

"Die spannendste Wahl seit 1950"

25

Bundesminister Dollinger für die Große Koalition

6

Deutschland - Spaniens bester Devisenbringer

31

Spanische Gastarbeiter und deutsche Touristen  
sorgen für "harte Währung"

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Am Kern vorbei  
-----

Zur bisherigen Reaktion der SED  
auf die Entspannungsvorschläge aus Bonn

sp - Wie nicht anders zu erwarten war, versucht die SED die Erklärung der Regierung Kiesinger-Brandt zur Entspannungspolitik und den Offenen Brief der SPD an die Delegierten des SED-Parteitag mit der Feststellung von der Tagesordnung der deutschen und internationalen Politik abzusetzen, indem sie alle in dem Appell und in dem Brief angesprochenen Fragen auf die Gesprächsbühne Bonn - Ostberlin andrängen will.

Diese Methode geht am Kern der Problematik des geteilten Deutschland und gespaltenen Europa vorbei. Im Zentralkomitee der SED weiß man genau, daß Verträge über den Verzicht auf gegenseitige Gewaltwendung und Herabsetzung der Rüstungsaufgaben sowie der Verzicht auf Atomwaffen und die Verfügungsgewalt darüber keineswegs ein spezifisch deutsches, sondern ein internationales Problem sind. Auch die Vorstellungen der SED über den Status Berlins oder etwa die Forderung nach Herbeiführung normaler Beziehungen zu allen europäischen Staaten greift weit über den Rahmen dessen hinaus, was zwischen den beiden Teilen Deutschlands im Interesse der Menschen geregelt werden könnte.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und mit ihr die neue Bundesregierung sind für eine Entspannungspolitik und haben zur Einleitung einer solchen Politik konkrete Vorschläge gemacht.

1. Für den Abbau des Rüstungsniveaus in Ost- und Westeuropa und der Stärken der Stationierungstruppen auf beiden Seiten. Dabei muß das militärische Gleichgewicht aufrecht erhalten bleiben, ohne das der Frieden nicht sicherer gemacht, sondern in Gefahr gebracht würde.
2. Verzicht der mitteleuropäischen Staaten auf nationale Verfügungsgewalt, sowie Mitverfügung über nukleare Waffen
3. Gegenseitige Kontrolle über zu vereinbarende militärische Beschränkungen.
4. Ein allseitig ausgesprochenen und völkerrechtlich verbindlicher Verzicht auf Gewaltanwendung; daraus soll kein Gebiet oder Gebietsteil Mitteleuropas ausgeklammert werden.
5. Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion und diplomatische Beziehungen zu allen Staaten Osteuropas, und zwar ohne gegenseitige Vorbedingungen
6. Vervielfältigung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte ohne politische Bedingungen. Selbstverständlich unter Einbeziehung beider Teile Deutschlands.

Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und stellvertretende SPD-Vorsitzende, Herbert Wehner, hat diese Punkte in einem vom DEUTSCHLANDFUNK am Vorabend des SED-Parteitages gesendeten Interview noch einmal als die unverrückbaren Ziele der sozialdemokratischen Politik bezeichnet. Wer wirklich die Entspannung und wer zur Sicherung des Friedens in Europa beitragen will, kann nicht ignorieren, daß alle

diese Vorschläge den Bestand der heute noch existierenden militärischen Bündnisse - NATO und Warschauer Pakt - berühren. Sie sind also in diesem Rahmen zu diskutieren, während die innerdeutschen Probleme und besonders die Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands zu jenem Themenkreis gehören, der ohne künstliche Staatskonstruktionen unter Deutschen vernünftig geregelt werden kann

+ + +  
Carl Storbeck  
-----

sy - Carl Storbeck ist von uns gegangen. Am Sonntag hat das tapferere Herz aufgehört zu schlagen. Im Alter von 87 Jahren verließ uns ein Freund, mit dem uns viel mehr verband, als jahrelange berufliche Zusammenarbeit.

Der 1880 in Altona geborene Carl Storbeck hatte das Druckerhandwerk erlernt, war aber bald nach Jahren der Wanderschaft und der handwerklichen Praxis zu einem hervorragenden Kenner des Verlagswesens geworden. Als nach dem Ersten Weltkrieg der Parteivorstand der SPD die Konzentration AG als wirtschaftliche Zusammenfassung der Sozialdemokratischen Druckerei- und Zeitungsbetriebe gründete, wurde Carl Storbeck in eine maßgebende Position berufen. Seit 1931 leitete er dann als Geschäftsführer den Sozialdemokratischen Verlag in Karlsruhe. Selbstverständlich wurde der Verstorbene nach 1933 von den Nationalsozialisten verfolgt. Zahlreiche Verhaftungen führten dazu, daß er immer wieder aus der Berufsbahn geworfen wurde, und erst zu Beginn der vierziger Jahre gelang es ihm, sich eine bescheidene Existenz in Kiel als Helfer in Steuersachen zu schaffen. Sofort nach dem Zusammenbruch stellte sich Carl Storbeck wieder zur Verfügung. Er war beteiligt an der Neugründung der Konzentration GmbH, deren Geschäftsführer er bis 1960 blieb. Während dieser Zeit war er auch Geschäftsführer der SPD-Pressedienst GmbH, Aufsichtsratsmitglied und Gesellschafter mehrerer Zeitungsverlage.

Der Abschied von Carl Storbeck wird uns allen schwerfallen. Er war immer ein umsichtiger, guter Ratgeber, dessen große Berufskennntnisse weit über den Kreis seiner engeren Freunde respektiert wurden. In den letzten Jahren seines Lebens nannten wir ihn nur noch "Water Storbeck". Damit wollten wir sagen, daß wir uns mit ihm in Freundschaft verbunden fühlten und seinen Rat auch nach seiner Pensionierung nicht missen wollten.

Wir schulden "Water Storbeck" viel Dank und bewahren ihm ein ehrendes Andenken.

+ + +

## Deutsche Demokratie im Zweifrontenkampf

Von Professor Dr. Horst Ehmke,  
Staatssekretär im Bundesjustizministerium

In Ostberlin bestreitet man der Bundesrepublik das nicht juristisch, sondern politisch gemeinte Mitspracherecht für diejenigen Deutschen, die immer noch nicht frei sprechen und frei wählen können.

Sucht man für den Vergleich zwischen der politischen Ordnung der Bundesrepublik und der DDR einen gemeinsamen Nenner, so muß man ihn in der historischen Tatsache finden, daß beide Ordnungen Antworten auf das von den Deutschen in Ost und West gemeinsam erlebte Naziregime darstellen. Von dieser gemeinsamen Vergangenheit versucht sich die DDR durch einen Trick freizumachen. Im Westen, so dekretiert sie, seien die Deutschen Nazis geblieben, im Osten habe es die DDR dagegen vermocht, aus den ehemaligen Nazis "Sozialistische Menschen" zu machen (so etwa die Rede Walter Ulbrichts vom 21. 4. 1966 zum 20. Jahrestag der Gründung der SED). Von den Unbelehrbaren bei uns, die so gern einen dicken Strich unter die ganze Vergangenheit ziehen möchten, unterscheidet sich die SED nur dadurch, daß sie diesen Strich schon gezogen hat und daß es sich bei ihr um einen roten Strich handelt.

Da es laut SED-Verordnung in der DDR keine Nazis gibt, besteht die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit für die SED insoweit im taktischen Manöver gegenüber der Bundesrepublik (die solchen Manövern allerdings bisher leider zu viele Angriffspunkte geboten hat). Die Wiedergutmachung der im Namen unseres Volkes an den Juden begangenen Verbrechen wird nicht nur der Bundesrepublik überlassen, sondern teilweise wird den Opfern die Geltendmachung ihrer Ansprüche in Westdeutschland sogar noch erschwert. Auch bei der strafrechtlichen Anwendung der NS-Verbrechen läßt man nicht nur der Bundesrepublik den Vortritt, sondern erschwert ihr diese Aufgabe aus taktischen Gründen. So hat die DDR - im Gegensatz zu osteuropäischen Staaten - den Gerichten in Westdeutschland bis heute das bei ihr liegende Belastungsmaterial nicht zur Verfügung gestellt.

Als Bürger der Bundesrepublik wissen wir, welche Mängel unsere freiheitliche Ordnung, welche Versäumnisse und Fehler wir uns vorzu-

werfen haben und wieviel noch zu tun ist, unsere demokratische Ordnung auszubauen und zu stärken. Wir diskutieren offen auch über die Schwächen unserer Ordnung. Beim Vergleich mit dem politischen Zustand der DDR finden wir aber keine Gründe für Minderwertigkeitskomplexe unsererseits. Das ist nicht aus Hochmut gegenüber den von der SED geschwiegelten Landsleuten in der DDR gesagt, denen seit 1933 die politische Freiheit vorenthalten wird.

Wir sagen das nicht, um zu verletzen, wir sagen das auch nicht, um neue Mauern aufzurichten, wir sagen das, um klar zu machen, daß wir vor der Diskussion mit der SED um Demokratie und Nation keine Angst zu haben brauchen und keine Angst haben. Wir nehmen die geschichtliche Herausforderung der friedlichen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus an. Wo sollte diese Auseinandersetzung geführt werden, wenn nicht in dem Land, in dem Karl Marx geboren wurde?

Die SED wird sich, wenn sie nicht das ganze östliche Lager mit neuer Unglaubwürdigkeit belasten will, vor dieser Auseinandersetzung nicht lange mit dem Vorwand drücken können, daß wir die DDR auch völkerrechtlich als separaten deutschen Staat anerkennen müßten. Denn daß wir die Position, die die SED sich anmaßt, und die politische Ordnung, die sie verkörpert, aus demokratischen wie nationalen Gründen nicht anerkennen können - wie umgekehrt die SED auch unsere politische Ordnung ablehnt - macht gerade den Gegenstand der innerdeutschen Diskussion um Demokratie und Nation aus. Wir werden der SED-Führung nicht dabei helfen, sich mit der Anerkennung oder mit dem Vorwand der Nichtanerkennung um die innerdeutschen Auseinandersetzungen zu drücken.

Die junge Generation muß sich darüber klar sein, daß die deutsche Demokratie einen Zweifrontenkampf zu führen hat. Denn nur dann sind wir in unserer Auseinandersetzung mit der SED glaubhaft, wenn wir die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des Naziregimes durchstehen und jedem Neubeginn des Rechtsradikalismus mit persönlichem Engagement und politischer Entschiedenheit entgegenreten.

Der Verantwortung bewußt.

Zur Tagung der Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands

sp - Der Vertreter der FDP auf der Godesberger Tagung der Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands hat sich selbst und seiner Partei einen schlechten Dienst erwiesen, als er glaubte, die Bundesregierung angreifen zu müssen, weil sie in ihrer Regierungserklärung die Gleichstellung von Flüchtlingen und Vertriebenen nicht erwähnt habe. Der FDP-Vertreter, Herr Hans Heinrich Schmidt, MdB, sah darin eine Preisgabe berechtigter Ansprüche, was in der Tat freilich nicht der Fall ist. Der Versuch, einen Fischzug im Trüben zu machen, mißlang; er kam nicht an.

Es waren der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, und der Minister für Vertriebene und Flüchtlinge, Herr von Hessel, die mit ihren Hinweisen auf die von Milliardendefiziten gekennzeichnete Haushaltslage bei der großen Mehrzahl der Delegierten Verständnis dafür fanden, daß keine Schlußtermine für die Erfüllung berechtigter Anliegen gesetzt werden können. Die Möglichkeiten, wo die Flüchtlingsgesetzgebung hätte materiell angereichert werden können, sind nicht zuletzt selbst durch die FDP vertan worden. Hat sie nicht in der Zeit von 1961 bis 1965 den Finanzminister gestellt? Warum trat damals die FDP, als es noch volle Töpfe gab, nicht mit jener Entschiedenheit für die Belange der Flüchtlinge ein, die heute von der jetzigen Bundesregierung verlangt wird, in einer Zeit also, in der die Töpfe leer sind und Löcher aufweisen? Die Rolle eines Anklägers und eines Anwalts für die dreieinhalb Millionen Flüchtlinge aus Mitteldeutschland kommt der FDP nicht zu, sie ist eben wegen der von ihr mitverschuldeten Versäumnisse in der Vergangenheit dazu nicht legitimiert. Die Delegierten vernahmten den falschen Zungenschlag; ein parteipolitisches Süsschen läßt sich für die FDP daraus nicht kochen.

Herbert Wehner gebrauchte das Wort vom "Staatschiff Bundesrepublik", das nicht leck oder von der Ölpest befallen werden dürfte, wenn nicht unser ganzes Volk Schaden nehmen und die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung leiden soll. Und er fand mit diesem Vergleich viel Anklang. Die Flüchtlinge haben - und es kommen jeden Tag neue dazu - mit am schwersten unter den Kriegsfolgen zu leiden. Ihre Eingliederung in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefüge mußten viele von ihnen mit einem sozialen Abstieg bezahlen, der ihnen die Chancengleichheit mit den Einheimischen verwehrt. Doch auch dies ist nicht zu übersehen: Großes wurde getan und viele Milliarden wurden in Sozialinvestitionen aufgegliedert, um die Kluft zwischen jenen, die ihre Heimat verlassen mußten und jenen, die ihre Heimat behalten haben, zu überwinden. Eine Nation ist erst dann ein Volk, wenn sie in Zeiten schwerster Prüfungen unter Beweis stellt, daß sie sich nicht auseinanderdividieren läßt.

Dieser Beweis ist wohl, was den freien Teil Deutschlands betrifft, durch großartige Gemeinschaftsleistungen gelungen. Ihn noch für den Zusammenhalt mit dem anderen Teil Deutschlands zu erbringen, bleibt der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung deutscher Politik. Den Landsmannschaften Mitteldeutschlands kommt bei der Erfüllung dieser Aufgaben eine wichtige Rolle zu. Sie werden ihr gerecht, das bezeugte der Verlauf ihrer Tagung in Bad Godesberg.

"Die spannendste Wahl seit 1950"

Bundesminister Dollinger für die Große Koalition

sp - Im SPD-Pressedienst vom 12. April wurde in einem Korrespondentenbericht aus Kiel erwähnt, der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Dr. Werner Dollinger, habe im Wahlkampf in Schleswig-Holstein mehrfach erklärt, er sei ein Anhänger der "Kleinen Koalition" und er frage sich, ob es gut sei, "wenn heute von 500 Abgeordneten nur 50 in der Opposition stehen".

Dazu teilte uns Herr Bundesminister Dr. Dollinger mit, er habe im Rahmen der Landtagswahlkämpfe in Berlin, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz in der Tat erklärt, "daß ich stets ein Anhänger der Kleinen Koalition gewesen sei, weil ich es grundsätzlich nicht für glücklich erachte, wenn von 500 Abgeordneten nur 50 in der Opposition stehen. Insofern haben Sie auch zutreffend berichtet."

Der Bundesminister legt jedoch Wert auf die Feststellung, daß er in seinen Wahlversammlungen zusätzlich zu dem erwähnten Satz stets noch folgendes erkläre:

- \* "Ich selbst habe an den Koalitionsverhandlungen teilge-
- \* nommen und dabei festgestellt, daß die FDP einfach nicht
- \* koalitionsfähig war, so daß sich für die CDU/CSU die Al-
- \* ternative FDP oder SPD nicht stellen konnte. Die Zusam-
- \* menarbeit mit der SPD in der Großen Koalition ist gut,
- \* und ich bin sicher, daß diese Koalition bis 1969 halten
- \* wird und muß."

\* \* \*

Wir freuen uns über diese Richtigstellung, deren Bedeutung für die Arbeit der Regierung der Großen Koalition nicht zu übersehen sein dürfte.

+ + +

## Deutschland - Spaniens bester Devisenbringer

### Spanische Gastarbeiter und deutsche Touristen sorgen für "harte Währung"

HD-1 - Die Bundesrepublik Deutschland wird Spaniens bester Devisenbringer. Künftig können arbeitslose spanische Gastarbeiter 52 Wochen lang in ihrer Heimat die deutsche Arbeitslosenunterstützung beziehen - sobald das am 20. April 1966 in Bonn unterzeichnete entsprechende Abkommen zwischen Deutschland und Spanien ratifiziert sein wird.

Um dies zu erreichen, fuhr Spaniens Arbeitsminister Jesús Romeo-Gorría nach Bonn. Als Vorreiter hatte er den Leiter des staatlichen Auswanderungsamtes, Miguel Garcia de Sáez, vorausgeschickt. Beide Spanier kamen nicht mit leeren Händen: Erst am 4. April hatte das spanische Ständeparlament das deutsch-spanische Doppelbesteuerungsabkommen ratifiziert und damit einen wesentlichen Wunsch der in Spanien engagierten deutschen Industriellen erfüllt.

Zur Zeit sind 3 500 Spanier in Deutschland arbeitslos - bei 136 300 Gastarbeitern. Devisenbringer war die Bundesrepublik schon vorher: Etwa 1,5 Millionen deutsche Touristen besuchten Spanien im vergangenen Jahr. Die Gastarbeiter überwiegen etwa 700 Millionen DM an ihre Angehörigen in der Heimat.

Eine andere Art spanischer Devisengewinne aus der Bundesrepublik bildet die seinerzeit umstrittene Pensionszahlung für ehemalige Angehörige der "Blauen Division", die im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite gegen die Sowjetunion kämpften. Darüber hinaus erfüllt die Bundesrepublik auch noch eine menschliche Verpflichtung gegenüber den spanischen Nazi-Opfern. Ehemalige KZ-Häftlinge beziehen ebenfalls Entschädigungen aus Deutschland.

Spanien aber will auch etwas dafür tun: "Unser beiderseitiger Handel ist noch immer nicht voll ausgeschöpft. Wir könnten noch viel mehr Waren austauschen", erklärte Spaniens Handelsminister Faustino Garcia-Moncó dieser Tage vor der Deutschen Handelskammer in Madrid.